

Russland – eine gelenkte Demokratie?

von Steffi Bös

Am 7. Mai 2010 durften wir die Referentin Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger im Allerweltshaus begrüßen. Das Thema des Vortragsabends lautete „Russland – eine gelenkte Demokratie?“.

Frau Nußberger studierte Slawistik und Rechtswissenschaft und ist derzeit Professorin an der Universität zu Köln. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet des Verfassungsrechts und der Rechtsentwicklung in Ost- und Mitteleuropa.

Die Moderation des Abends übernahm Regine Wittram.

Frau Nußberger begann ihren Vortrag mit dem bekannten Vierzeiler des russischen Dichters Fedor Tjutcev:

*„Mit dem Verstand ist Russland nicht zu verstehen,
nicht mit gewöhnlichem Maß zu messen,
es hat ein ganz besonderes Wesen,
an Russland kann man nur glauben.“*

In diesem Sinne setzte sich Frau Nußberger zum Ziel, in ihrem Vortrag auf die Besonderheiten Russlands und der russischen Politik einzugehen.

Dabei sollten drei zentrale Fragestellungen eine Rolle spielen: Welche Entwicklungen in den 90er Jahren führten dazu, dass das so genannte „System Putin“ errichtet wurde? Welche Charakteristika weist das „System Putin“ ab 2000 auf? Und wie ist die gegenwärtige politische Situation vor diesem Hintergrund zu bewerten?

Einführend stellte Frau Nußberger das Hin- und Hergerissensein der russischen Kultur hervor, das schon in der weiter zurückliegenden Geschichte des Landes immer eine Rolle gespielt hat. Die wichtige Frage hierbei sei, wie Russland zu Europa stünde; es gehe also um die Zwischenstellung Russlands zwischen Europa und Asien. So habe z.B. Peter der Große ein so genanntes „Fenster zu Europa“ geöffnet. Dies sei während der Jahre der kommunistischen Regierung wieder geschlossen worden, Russland habe sich in dieser Zeit weitgehend vom „Westen“ isoliert. Daraufhin fand erst wieder unter Gorbatschow eine schrittweise Öffnung des Landes zu Europa hin statt. Seit der Regierung Putins, ganz besonders aber in den Anfangsjahren seiner Regierungszeit, habe das Land wieder eine weitgehend isolationistische Politik betrieben.

Dieser Umschwung auf eine Abkehr Russlands von Europa unter Putin ließe sich, so Nußberger, mit den „Traumata der 90er Jahre“ erklären. Hierunter fielen die ideologische, die territoriale, die politische, die wirtschaftliche und die außenpolitische Katastrophe, die das Land in den 90er Jahren erlitt. Auf die einzelnen Katastrophen ging Frau Nußberger im Folgenden näher ein.

Die **ideologische Katastrophe** Russlands ergab sich aus dem „Umbau“ (Perestroika) und der „Öffnung“ (Glasnost) des politischen Systems in Russland. Zu dieser Zeit wurde, vor allem durch Gorbatschow, eine intensive Selbstkritik an Russland geübt, das Land orientierte sich plötzlich an westlichen Werten. Es wurde mit der Aufarbeitung der Vergangenheit, besonders des Stalinismus, und mit einer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte

begonnen. Diese Kritik an der eigenen Geschichte und den eigenen Werten kam also von innen heraus. Für die russischen Menschen stellte dieses Infragestellen einen Verlust der eigenen Identität dar; was traditionell als positiv bewertet worden war, wurde plötzlich unter dem Stichwort der „Öffnung“ als negativ dargestellt. Aus westlicher Sichtweise wurden der Wandel und die Öffnung Russlands durchgehend positiv aufgenommen; für einen großen Teil des russischen Volkes stellte der plötzliche Identitätswandel jedoch einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar.

Ein weiteres „Trauma“ war die **territoriale Katastrophe**, der Zerfall der UdSSR Anfang der 90er Jahre. Vom ehemals riesigen kommunistischen Reich spalteten sich immer mehr Staaten, angefangen bei den baltischen Staaten bis hin zur Ukraine, Aserbaidschan und Georgien, ab. Das in der Verfassung der UdSSR gewährte Recht auf Austritt der Einzelstaaten wurde nun in Anspruch genommen, sodass die Einzelstaaten über den Status der Souveränität zum Status der Unabhängigkeit gelangten. Alle Versuche, den Verfall aufzuhalten, scheiterten. Die große Krise für Russland stellt nun die Angst dar, dass dieser Verfallsprozess weitergehen und auch Russland selbst noch auseinander brechen könnte. Wieder wurde dieser Prozess vom Westen als positiv wahrgenommen, da ein großes „Kolonialreich“ endlich den Einzelstaaten Unabhängigkeit gewährte; für Russland selbst war jedoch der Verlust der territorialen Größe auch mit einem Identitätsverlust verbunden.

Ein weiteres Problem war die **politische Katastrophe**. Mit der plötzlichen Einführung der Gewaltenteilung und anderen grundlegenden Veränderungen des politischen Systems ergaben sich weitere Konflikte. Es kam z.B. zu starken Auseinandersetzungen zwischen den neu geschaffenen Institutionen und den „alten“ Machthabern, welche 1993 in dem Bombardement des Regierungsgebäudes mündeten. Aus westlicher Sicht stellten diese Auseinandersetzungen einen Konflikt zwischen den fortschrittlichen, reformerischen Kräften des Landes, angeführt von Jelzin, dar; aus russischer Sicht war es schlicht und einfach ein Kampf um die Macht.

Die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, die innerhalb kürzester Zeit stark anstieg, stellte die **wirtschaftliche Katastrophe** der 90er Jahre dar. Die soziale Schere wurde immer größer und vor allem Rentner fielen in eine existenzielle Armut. Durch das Zusammenbrechen großer Staatsunternehmen wurden ganze Städte arbeitslos.

Diese wirtschaftliche Katastrophe wurde vom Westen nur als vorübergehende Situation eingeschätzt. Russland wurde dennoch als grundsätzlich reiches Land gesehen, in das man nun wieder investieren konnte. Aus russischer Perspektive war dieses Problem natürlich ein viel grundlegenderes; Elend und Verarmung schufen in weiten Teilen der Bevölkerung Verzweiflung.

Essentiell war auch die **außenpolitische Katastrophe** in den 90er Jahren.

Eine außenpolitische Folge des Zusammenbruchs des Systems war der Verlust des Ansehens Russlands. Der Kalte Krieg war verloren und Russland auf der politischen Bühne nun nicht mehr mit den USA „gleichrangig“. Ein kritischer Punkt in diesem Zusammenhang waren die Bombardements der NATO in Serbien, welche einen Wendepunkt darstellten für die Wahrnehmung des Westens durch Russland: die Bombardierungen auf die „slawischen Brüder“ wurden als tiefe Demütigung Russlands empfunden, wohingegen sie aus westlicher Perspektive eine humanitäre Intervention darstellten.

Insgesamt stellte Frau Nußberger also heraus, dass die 90er Jahre für die russische Bevölkerung auf allen Ebenen negative Erfahrungen brachten. Dies veranschaulichte sie daran, dass in Umfragen zur Popularität russischer Politiker sowohl Gorbatschow als auch Jelzin innerhalb Russlands oft als „Zerstörer“ empfunden würden.

Vor diesem Hintergrund ist nun besser zu verstehen, wie sich das „System Putin“ als Antwort auf die verschiedenen Traumata der 90er Jahre herausbilden konnte. Putin habe von Anfang seiner Regierungszeit an auf die Negativerfahrungen der Bevölkerung reagieren können, teilweise durch „hartes Durchgreifen“, wie an folgendem Beispiel deutlich wurde:

Am 9.8.1999 wurde der damals vollkommen unbekannte Putin von Jelzin zum Premierminister ernannt. Nach mehreren Bombenattentaten auf russische Wohnanlagen, die zum Teil bis heute nicht aufgeklärt wurden, aber offiziell tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wurden, begann am 17.9. der 2. Tschetschenienkrieg. Im Gegensatz zum 1. Tschetschenienkrieg gab es hier kaum mehr Widerspruch in der Öffentlichkeit. Putins hartes Durchgreifen wurde sogar in den Präsidentschaftswahlen im März 2000 belohnt, in denen er fast 53% der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Das „System Putin“ entstand also als Antwort auf die traumatischen Ereignisse der 90er Jahre:

Der **ideologischen Katastrophe** wurde nun die „neue russische Idee“ entgegengesetzt. Es entwickelte sich ein neues Selbstbewusstsein, ja ein neues Selbstbild in dem Glauben: „Wir sind anders als der Westen.“. Das gemeinsame historische Erbe und gemeinsame kulturelle Werte Russlands gingen in diesem neuen Selbstbild wieder auf. Durch einen eigenen russischen Weg wollte man sich vom Westen abheben, was auch die Frage nach einer eigenen Definition von Demokratie (der „souveränen Demokratie“) mit einschloss.

Auf die **territoriale Katastrophe** wurde mit der Rezentralisierung geantwortet. In 7 Großbezirken Russlands wurde jeweils ein Bevollmächtigter eingesetzt, der Putin direkt untergeordnet war. Die Gouverneure wurden nicht mehr vom Volk gewählt, sondern durch Putin eingesetzt. Dadurch sollte das große Staatsterritorium gesichert werden. Wieder kann man hier starke Diskrepanzen zwischen russischer und westlicher Sicht feststellen: aus westlicher Sicht stellte die Rezentralisierung einen Verrat an der föderalen Idee dar; aus russischer Sicht war sie notwendig, um den Zusammenhalt des Landes zu sichern.

Die Antwort auf die **politische Katastrophe** ergab sich aus der Einheit der Macht. In zentralen Ämtern wurden durchweg Putin-nahe Politiker eingesetzt, de facto regierte ab sofort die Präsidialverwaltung (anstelle der Regierung). Außerdem wurde z.B. die Neubildung von Parteien durch verschiedene Hürden stark erschwert. Diese Maßnahmen sollten stabilisierend wirken und wurden von Russland zum großen Teil nicht negativ aufgefasst, wohingegen sie im Westen auf Unverständnis stießen.

Die Lösung für die **wirtschaftliche Katastrophe** ergab sich aus einem regelrechten Glücksfall für die Regierung Putin, der an folgenden Zahlen abzulesen ist: 1998 lag der Preis für ein Barrel Öl bei 18 US\$, 2008 bei 118 US\$. Diese Situation kam natürlich dem Staat zu Gute, der sich dadurch die wirtschaftliche Macht sichern konnte.

Als Antwort auf die **außenpolitische Katastrophe** folgte eine Rückkehr auch auf die weltpolitische Bühne. Russland sah sich selbst als Hüter des Völkerrechts (im Zuge der Ablehnung des NATO-Bombardements auf Serbien), und konnte so selbstbewusster auftreten.

Im Anschluss an die Darstellung der Antworten des Systems Putin auf die Traumata der 90er Jahre erläuterte Frau Nußberger kurz den Abtritt Putins, um dann auf die aktuelle Lage in Russland einzugehen. Sie wies hierbei darauf hin, dass Putin die Verfassung eingehalten habe, indem er nicht erneut zu den Präsidentschaftswahlen antrat. Dennoch sei die heutige Zweierspitze Russlands (Medwedew/Putin; auch als „Tandemokratie“ bezeichnet) schwer zu durchschauen. Zwar sei eine Entwicklung weg vom „System Putin“ zu beobachten, jedoch

könne Putin im Jahre 2012 erneut verfassungsgemäß bei den Präsidentschaftswahlen antreten und würde dann, im Falle eines Sieges, aufgrund einer im Dezember 2008 beschlossenen Verfassungsänderung sogar 6 Jahre an der Macht bleiben.

Die aktuelle politische Situation Russlands wurde von Frau Nußberger als ambivalent dargestellt. Zum Beispiel außenpolitisch zeige Russland sowohl positive als auch negative Tendenzen: Obwohl nach Ansicht der Kommission, die den Georgienkrieg 2008 untersuchte, die georgische und nicht die russische Seite angegriffen hat, habe die russische Seite völlig überreagiert. Der Georgienkrieg stelle somit eine Abkehr vom Prinzip der Gewährung der territorialen Integrität der unabhängigen Staaten dar, die sich von der UdSSR abgespalten. Die russische Reaktion im Zusammenhang des Georgienkrieges sei nicht im Sinne des Völkerrechts gewesen, sondern zeuge für ein „selbstbewusst-martialisches Auftreten“.

Positiv zu werten seien dagegen die Einigung zwischen Norwegen und Russland bezüglich der Seegrenzen, Russlands Unterzeichnung des Abrüstungsvertrages und der Vertrag zwischen Russland und der Ukraine. Außerdem zeichne sich der Anfang einer Versöhnung mit Polen ab. Insgesamt habe die russische Führung also in vielen Punkten Kompromissbereitschaft in der Außenpolitik bewiesen.

Auch im Hinblick auf Freiheit und Transparenz sind laut Frau Nußberger sowohl positive als auch negative Tendenzen zu beobachten. Als negativer Aspekt wurde die Entlassung zweier regimekritischer Verfassungsrichter dargestellt; als erfreulich dagegen Russlands Unterzeichnung des 14. Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Als Fazit stellte Frau Nußberger heraus, dass im heutigen Russland sowohl verschiedene Zeichen der Öffnung und Kompromissbereitschaft, insbesondere gegenüber dem „Westen“ zu verzeichnen seien, andererseits auch Tendenzen zur Isolation. Es bleibt für den „Westler“ also weiterhin ein großes Fragezeichen bestehen.

Im Anschluss an Frau Nußbergers Vortrag kam es zu einer regen Diskussion. Hierbei wurden von verschiedenen Personen aus dem Publikum Vorschläge für weitere Katastrophen und Traumata vorgebracht, die Russland seit den 90er Jahren erlitten hat, wie z.B. die Osterweiterung der NATO, der Afghanistan-Krieg oder das Wiedererstarken der Religion. Des Weiteren wurde bemerkt, dass man vorsichtig sein muss, westliche Werte und Vorstellungen, wie z.B. die westliche Auffassung von Demokratie oder von Menschenrechten anderen Kulturen und Gesellschaften überzustülpen. Schwarz-Weiß-Malerei bzw. Schubladendenken kann, wie z.B. bei der Analyse der russischen Politik und Gesellschaft, eine zerstörerische Perspektive sein.

Außerdem wurde danach gefragt, was Putin gegen die Armut getan habe. Darauf stellte Frau Nußberger fest, dass sich die Lage in Russland in dieser Hinsicht im Gegensatz zur Jelzin-Zeit sehr verbessert habe, insbesondere die Situation der Rentner. Sie stellte heraus, dass Armut zwar immer noch ein Problem wäre (besonders auf dem Land), dass aber in Russland heutzutage niemand mehr verhungern müsse.

Auf die Frage, ob sie Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung Russlands und der Ukraine in der Zukunft sähe, wurde mit einem „Nein“ geantwortet.

Nach mehreren interessanten Diskussionsthemen und Denkanstößen endete der gelungene Vortragsabend an dieser Stelle.